

# „Störung“ des Polarwirbels

geschrieben von Chris Frey | 29. Oktober 2025

## Cap Allon

Eine „Störung“ des Polarwirbels zu Beginn der Saison ist derzeit hoch über der Arktis im Gange – und könnte zu Beginn des Novembers die Voraussetzungen für ein deutlich kälteres Wetterbild in den Vereinigten Staaten, Kanada und Europa schaffen.

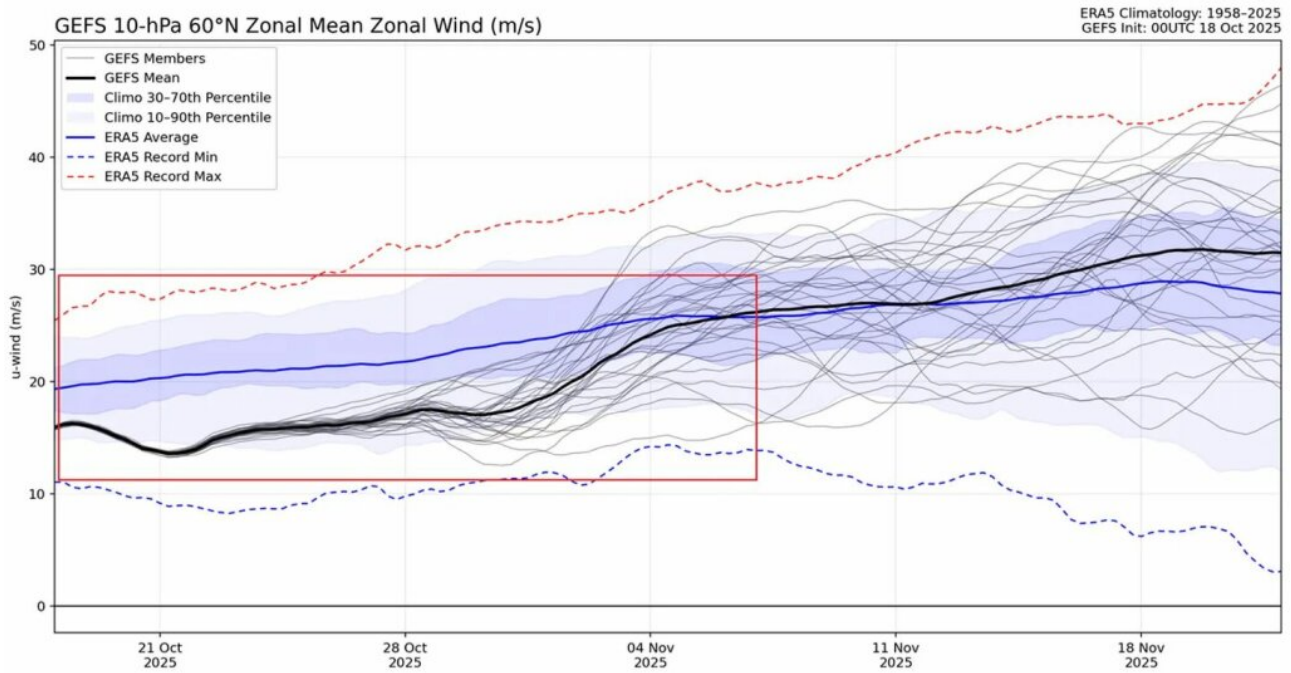
Der stratosphärische Wirbel – der riesige Wirbel aus eiskalter Luft über dem Pol – entwickelt sich in diesem Jahr ungewöhnlich schwach. Anstatt sich eng zu drehen und die kalte Luft in der Arktis einzuschließen, wird er durch den Hochdruck über Grönland und dem Nordpazifik verzerrt.

Dieser Druck drückt den Wirbel aus seiner Mitte und verursacht Brüche und Ausdehnungen, durch die arktische Luft nach Süden strömen kann.



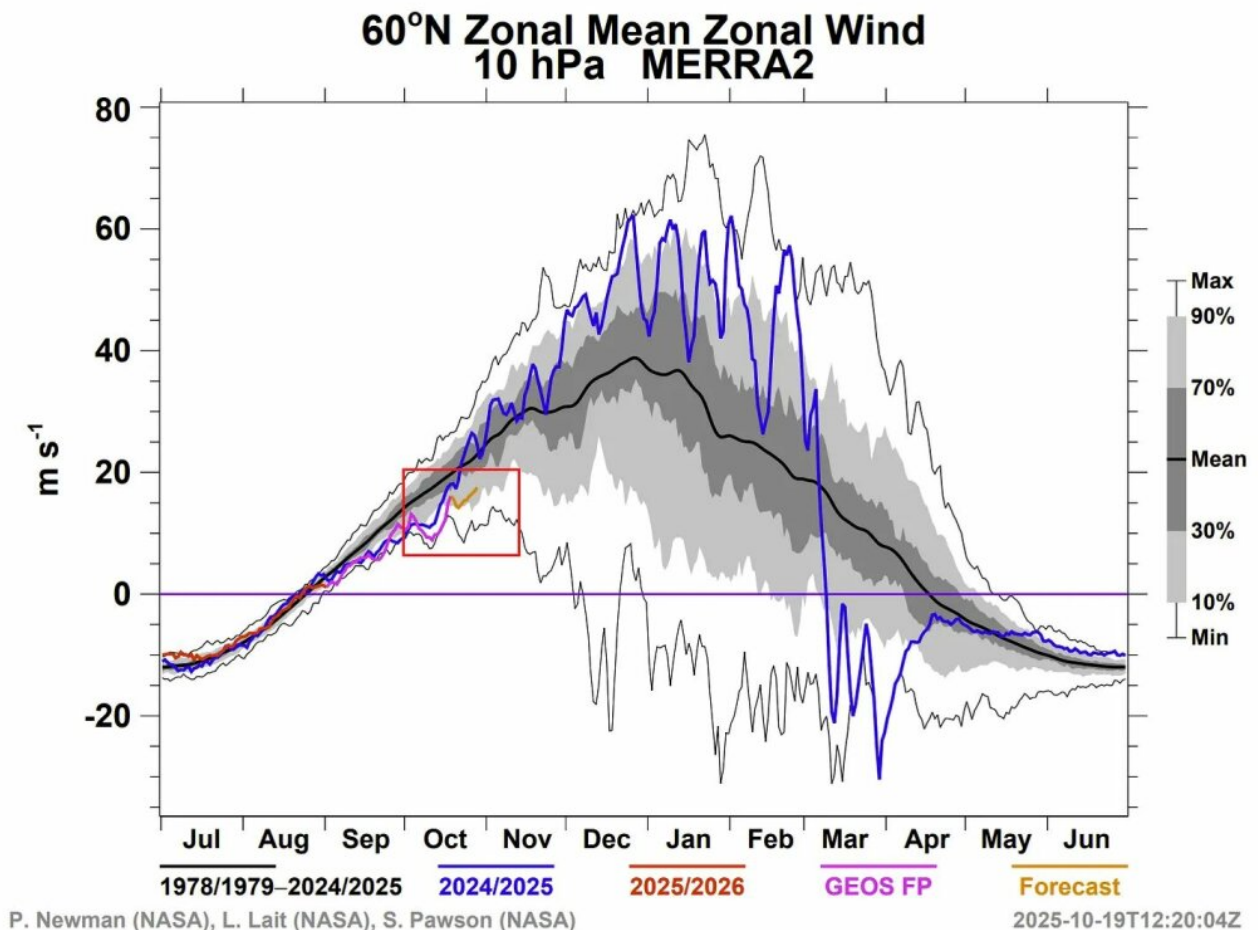
weathermodels.com

Die stratosphärischen Winde liegen deutlich unter dem Normalwert (GEFS) und werden voraussichtlich mindestens für die nächsten Wochen so bleiben:



Mindestens für die nächsten zwei Wochen wird der stratosphärische Polarwirbel deutlich schwächer als normal sein.

Die NASA sieht das genauso und stellt fest, dass die Zonalwinde Anfang des Monats Rekordtiefstwerte erreichten (rosa Linie):



In den kommenden Tagen zeigen Wettermodelle das erste größere „Störungsereignis“ der Saison: Ein Hochdruckgebiet über Grönland und Nordkanada wird in die Polarregionen vordringen, den Wirbel verdrängen und seinen unteren Arm aufbrechen.

Tatsächlich wird für Ende Oktober und Anfang November eine Verschärfung der Kälteanomalien im Osten Kanadas und im Osten der Vereinigten Staaten erwartet, während auch Europa unter einem verdrängten Wirbelsegment tendenziell kälter wird.

Wenn der Wirbel bis November instabil bleibt, wie Ensemble-Modelle vermuten lassen (zonale Karten oben), werden sich die Kälteeinbrüche wahrscheinlich verstärken und bis zum Beginn des Winters häufiger auftreten.

Die ersten Anzeichen aus der Stratosphäre deuten auf Kälte hin. Der Polarwirbel variiert, der Jetstream schwächt sich ab, und das Muster ist bereit für arktische Ausbrüche auf beiden Seiten des Atlantiks, wenn die Jahreszeit wechselt.

Link:

[https://electroverse.substack.com/p/fresh-snow-hits-himachal-pradesh?utm\\_campaign=email-post&r=320l0n&utm\\_source=substack&utm\\_medium=email](https://electroverse.substack.com/p/fresh-snow-hits-himachal-pradesh?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email)

(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

**Anmerkung des Übersetzers** (bei Redaktionsschluss am 26. Oktober 2025):  
*In den heutigen 00-UTC-Läufen aller Mittelfrist-Modelle wird für die nächsten 7 Tage in Mitteleuropa recht mildes Wetter simuliert. Allerdings macht die „Einwinterung“ im Nordosten des europäischen Teils Russlands nach diesen Modelle Fortschritte.*

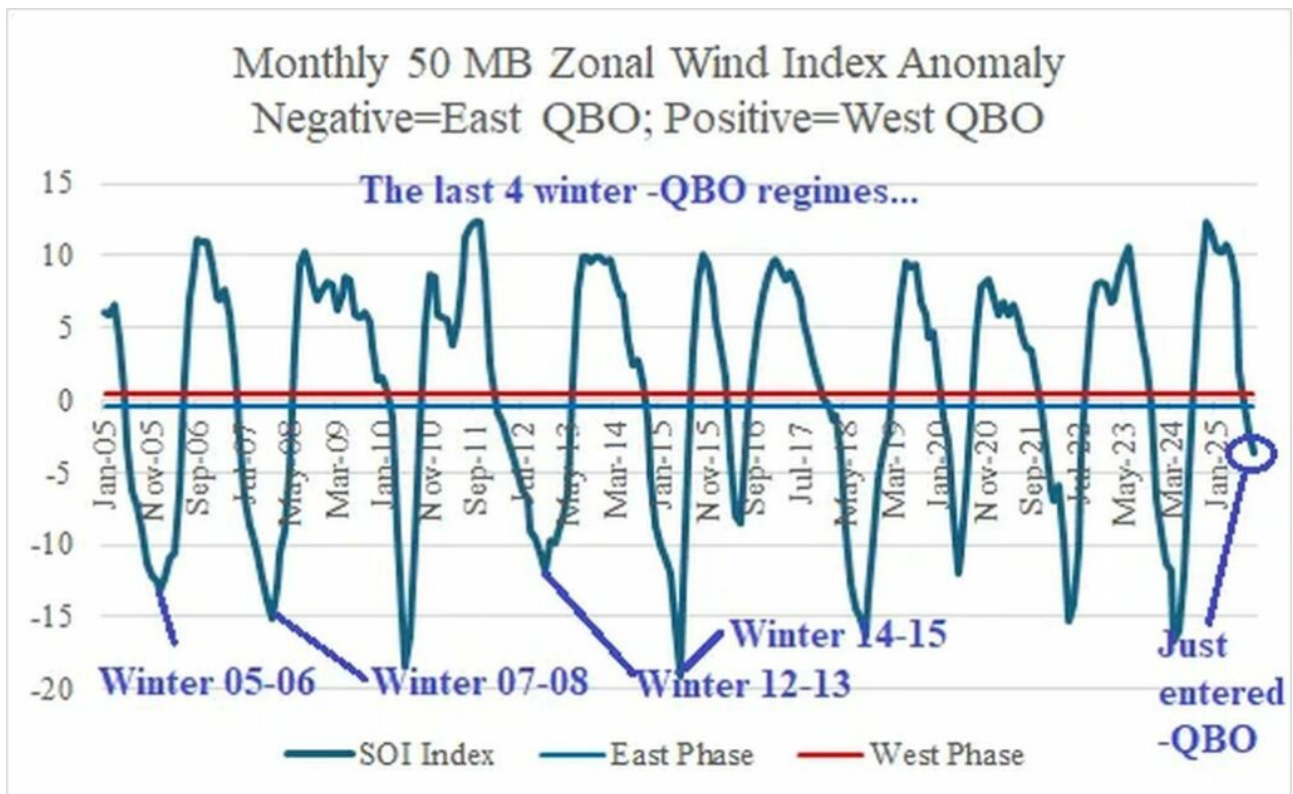
*Statistisch gesehen ist für unsere Witterung die Entwicklung nach Mitte November maßgeblich. Mehr dazu ggf. zu gegebener Zeit.*

---

## Aktualisierung vom 28. Oktober 2025:

### **Verhalten der QB0 steigert das Risiko einer Störung des Polarwirbels**

Die quasi-zweijährige Oszillation (QB0) ist in ihre östliche Phase übergegangen – eine Entwicklung, die historisch gesehen plötzlichen stratosphärischen Erwärmungsereignissen (SSW) und einer Abschwächung des Polarwirbels vorausgeht.



Ostwind-QBO-Winter (wie 2005–06, 2007–08, 2012–13 und 2014–15) fallen oft mit starken arktischen Kälteeinbrüchen in Europa und Nordamerika zusammen. Ostwinde in der tropischen Stratosphäre schaffen günstige Bedingungen für die Ausbreitung von Rossby-Wellen in die polare Stratosphäre.

Eine neue [Studie](#) von Dillon Elsbury und Kollegen bestätigt, dass Modelle zwar Schwierigkeiten haben, alle Zusammenhänge nachzubilden, reale Daten jedoch zeigen, dass Wärme und Impulse aus den Tropen Wochen später die polare Zirkulation beeinflussen können.

Nach einem SSW lässt der deformierte Wirbel oft arktische Luft nach Süden strömen, was zu Kaltluftvorstößen in die Mittleren Breiten führt, die dort den Winter dominieren können.

Da der QBO nun vollständig negativ ist, sehen Prognostiker eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für einen SSW zwischen Dezember und Februar, der möglicherweise zu einer deutlichen Abkühlung in den mittleren Breiten führen könnte. Die tropischen Aktivitäten der nächsten Monate werden entscheiden, ob dieser – in der gegenwärtigen energiepolitischen Lage hierzulande gefährliche – Vorgang tatsächlich stattfindet.

Link:

[https://electroverse.substack.com/p/freezing-lows-grip-five-aussie-states?utm\\_campaign=email-post&r=32010n&utm\\_source=substack&utm\\_medium=email](https://electroverse.substack.com/p/freezing-lows-grip-five-aussie-states?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email)



---

# Kann Geldnot die Umwelt und das Klima retten?

geschrieben von Admin | 29. Oktober 2025

**von Edgar L. Gärtner**

Der lange von einer gewissen Szene gepflegte Glaube, dass gesellschaftliche Armut der Umwelt (und auch der Seele) weniger schadet als das Leben im Wohlstand, widerspricht sicher dem gesunden Menschenverstand. Wir haben spätestens bei der „Wende“ von 1989/90 erfahren, dass die Umweltbelastungen in den wirtschaftlich abgeschlagenen Volkswirtschaften des sozialistischen Ostens viel größer waren als im wohlhabenden kapitalistischen Westen. Aber neuerdings gibt es immer öfters Situationen, in denen man sich freut, dass den (Noch-)Wohlfahrtsstaaten das Geld ausgeht. Immer mehr wird deutlich, dass vor allem die so genannte Klimapolitik ein Luxus ist, den sich selbst die wohlhabendsten Länder kaum noch leisten können.

## Schrumpfkur der europäischen Wirtschaft

Die Kollegin Elke Bodderas hat am 20. Oktober 2025 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ dargelegt, dass die von grünen NGOs und von vielen Bürokraten in den deutschen Bundesministerien und in der EU-Kommission geforderte oder mit viel Sympathie bedachte Schrumpfkur der europäischen Wirtschaft im Namen des „Klimaschutzes“ inzwischen unter dem Motto „Weniger ist mehr“ offenbar zum herrschenden Leitbild der Politik geworden ist. Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich unter dem Druck seines sozialdemokratischen Koalitionspartners vermutlich längst dieser Bewegung angeschlossen und redet nur noch von Wachstum, um seine alten Freunde in der Wirtschaft bei der Stange zu halten. Denn so gut wie alle wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der letzten beiden Bundesregierungen begünstigen, im Gegensatz zu anders lautenden Beteuerungen, die Rezession oder zumindest die wirtschaftliche Stagnation.

Besondere Unterstützung erfährt die Regierung dabei offenbar von der Bundesbank, deren Vizepräsidentin Sabine Mauderer, die zugleich dem „Network for Greening the Financial System (NGFS)“ vorsteht. Das NGFS begründet seine Tätigkeit u.a. mit der Behauptung des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), der globale Klimakollaps infolge der Überschreitung von „Kipp-Punkten“ stehe unmittelbar bevor. Abgewendet werden könne er nur durch eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf netto Null bis zum Jahre 2045. Die NZZ zitiert die US-Finanzexpertin Jessica Weinkle, die davon überzeugt ist, dass der seit einigen Jahren

beobachtbare Einbruch der deutschen Wirtschaft auch auf den Einfluss des NGFS auf Bundesministerien zurückgeht.

Dazu gehört das regierungsamtliche Sponsoring von volkspädagogischen Veranstaltungen, die in der Bevölkerung Freude am Verzicht wecken sollen, wie etwa „konsumkritische Stadtrundgänge“. Darum fragt der Bund der Steuerzahler: „Warum fördert die Bundesregierung mit Steuergeld, das ja durch Wirtschaftswachstum zustande kommt, ausgerechnet Aktionen, die diese Wirtschaftsleistung kritisieren?“ Die Antwort läge auf der Hand. Die Ministerien bzw. deren Hinterfrauen vom NGFS bekommen, was sie wollen: eine spürbare Schrumpfung (im grünen Fachchinesisch „Degrowth“) der Wirtschaft infolge massiver Investitionen in angeblich erneuerbare Energiequellen und der willkürlichen Sprengung neuwertiger Kern- und Kohle-Kraftwerke. Gerechtfertigt wird die Degrowth-Ideologie auch durch die so genannte New Monetary Theorie, die die Illusion von der Möglichkeit grenzenloser Geldschöpfung aus dem Nichts verbreitet und dadurch die naheliegende Inflationsangst als unbegründet hinstellt.

## **Auch die Schrumpfung kostet viel Geld**

Das Problem: Die Schrumpfung der Wirtschaft ist auf dem eingeschlagenen Weg nicht umsonst zu haben, sondern erfordert zusätzliche Investitionen in Milliarden-, wenn nicht in Billionenhöhe. Daraus erwächst die Hoffnung, dem von den Grünen aller Linksparteien (einschließlich CDU/CSU) mit viel Steuergeld vorangetriebene Solar- und Windkraftzauber könne das Geld ausgehen, d.h. an der Mauer fehlender Investitionsmittel enden. Am Ende werden wir wahrscheinlich bankrott sein, aber unsere Umwelt wäre gerettet.

Zu den Ergebnissen der Wühlarbeit von NGOs und NGFS sowie der bürokratischen Vorgaben des selbstmörderischen „Green Deal“ der EU gehört höchstwahrscheinlich das seit 2018 um ein Viertel gesunkene Produktionsvolumen der deutschen Industrie aufgrund stetig sinkender Produktivität. Die Zahl der Firmeninsolvenzen explodiert. Das hat bis jetzt 1,3 Millionen Arbeitsplätze gekostet. Der von den Grünen gepredigte Konsumverzicht ist längst Realität – ablesbar nicht zuletzt am Umsatzeinbruch von Gastronomie und Feinkost-Läden – sofern diese nicht längst durch Shisha-Bars, Barber Shops oder Döner-Buden verdrängt wurden.

Die Hauptursache dafür ist sicher die Verteuerung der Energie bzw. der CO<sub>2</sub>-Zertifikate und die mit Milliardensubventionen geförderte Verdrängung preisgünstiger zuverlässiger durch teure zufällige Energiequellen sowie den Stopp der Importe von preisgünstigem Erdgas und Öl aus Russland. Hinzu kommt die kräftige Erhöhung der Steuerlast von Unternehmen und Leistungsträgern, um immer mehr unprofitable, aber politisch korrekte Unternehmen zu subventionieren und unproduktive illegale Einwanderer aus fremden Kulturen durchzufüttern.

Um dennoch an der Macht zu bleiben, hat die schwarz-rote

Regierungskoalition unter Bundeskanzler Friedrich Merz und Finanzminister Lars Klingbeil am 18. März dieses Jahres noch mithilfe der Abgeordneten des alten Bundestages eine „Reform“ der seit 2009 in der Verfassung verankerten „Schuldenbremse“ beschlossen. Das machte den Weg frei für die Einrichtung eines gepumpten (!) „Sondervermögen“ in Höhe von 500 Milliarden Euro, das die Aufnahme neuer Staatsschulden in Höhe von insgesamt 850 Milliarden Euro bis 2029 ermöglichen soll. Diese sollen der Sanierung der heruntergekommenen Infrastruktur, der Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen und dem „Klimaschutz“ dienen. Davon ist nach über einem halben Jahr aber kaum etwas zu sehen, weil der geborgte Geldsegen vermutlich zu einem großen Teil verwendet wurde, um laufende Ausgaben zu bestreiten.

## **Vom deutschen zum französischen Modell**

Im Jahre 2024 stand der Staatshaushalt der deutschen Bundesrepublik mit einer Schuldenquote von 62,5 Prozent des BIP immerhin im europäischen Vergleich noch relativ günstig da. Doch die schwarz-rote Regierung gibt sich nun offenbar Mühe, möglichst rasch dem seit vielen Jahren hochverschuldeten Nachbarland Frankreich nachzueffolgen. In Frankreich hat es seit Mitte der 1970er Jahre keinen ausgeglichenen Staatshaushalt mehr gegeben. 2024 überschreitet dort die Verschuldung schon 113,9 Prozent des BIP. Schon haben internationale Kredit-Rating-Agenturen damit begonnen, die Kreditwürdigkeit Frankreichs herunterzustufen und vor einem weiteren Abgleiten in den Schulden-Sumpf zu warnen. Dabei steht die sowohl von rechts wie von links als Preis für die Zurückhaltung eines Misstrauensvotums geforderte Rücknahme der von Präsident Emmanuel Macron durchgesetzten bescheidenen Rentenreform (Erhöhung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre) im Vordergrund. Das würde dem Bemühen des neuen Premierministers Sébastien Lecornu, die Staatsausgaben im Einklang mit den Forderungen der Finanzwelt spürbar zu senken, direkt zuwiderlaufen.

Lecornu hat versprochen, bei den Staatsausgaben 50 bis 60 Milliarden einzusparen, um das Haushaltsdefizit von derzeit 6 auf 5,4 Prozent zu drücken. Die EU-Kommission rechnet damit, dass die französischen Staatsschulden am Ende des nächsten Jahres 118 Prozent des BIP erreichen, wenn es nicht gelingt, das Ruder herumzureißen. Der neue Staatshaushalt muss bis Mitte Dezember verabschiedet sein. Wenn nicht, gilt der Haushalt dieses Jahres bis zur Durchführung von Neuwahlen provisorisch weiter. Im Augenblick sieht alles danach aus, dass das rechtsnationale RN diese Neuwahlen haushoch gewinnen würde. Also versucht das noch herrschende Polit-Kartell um Staatspräsident Emmanuel Macron, diese Neuwahlen mit mehr oder weniger legalen Methoden des Kaufs von Parlamentarier-Stimmen um beinahe jeden Preis zu verhindern. Das hat bislang dank der Wankelmütigkeit der seit den letzten Wahlen angeschlagenen Republikaner und Sozialisten einigermaßen funktioniert.

Seit dem Machtantritt Emmanuel Macrons im Jahre 2017 sind die französischen Staatsschulden über eine Billion Euro angewachsen. Schon in



diesem September musste Frankreich für seine Staatsschulden höhere Zinsen zahlen als Griechenland (3,47 gegenüber 3,37 Prozent). Dadurch wird die Höhe der für Kredite verlangten Zinsen auch in zivilen Bereichen beeinflusst. Insbesondere wachsen nun auch die Hürden für die Umsetzung der noch immer nicht endgültig verabschiedete „PPE 3“ (Programmation Pluriannuelle de l'Énergie), die kräftige Investitionen in Solar- und Windstromanlagen vorsieht und die zuverlässige Kernenergie eher vernachlässigt.

Der inzwischen durch ein Misstrauens-Votum gestürzte zentristische Premierminister François Bayrou hätte die PPE 3 im April 2025 per Dekret in Kraft setzen können. Doch er zog es vor, den Plan als normale Gesetzesvorlage der mehrstufigen parlamentarischen Abstimmung in der Nationalversammlung und im Senat zu überlassen, weil er offenbar genug feines Gespür für die Unpopularität dieses Plans bewahrt hat. Dieser Prozess war bei der Amtsübergabe an die neue Regierung unter Premierminister Sébastien Lecornu noch nicht abgeschlossen. Als diese Zeilen geschrieben wurden, war auch der parlamentarische Streit um die Gestaltung des Staatshaushaltes für 2026 noch voll im Gange, so dass noch nicht absehbar ist, wie die politische Klasse auf die sich zuspitzende Finanzkrise reagieren wird. Das gilt auch für die Finanzierung der so genannten erneuerbaren Energien.

## **Die Sonne der „Erneuerbaren“ geht unter**

Hintergrund ist der Streit um den im PPE 3 vorgesehenen Ausbau der Windkraft-Kapazität: Verfünffachung der Offshore- und Verdoppelung der terrestrischen Kapazität in den kommenden zehn Jahren. Es mehren sich nämlich auf internationaler Ebene die Zeichen für das herannahende Ende des Windkraft-Booms. Seit dem überwältigenden Wahlsieg Donald Trumps und dessen Widerstand gegen die Ausbreitung des parasitären Öko-Industrie-Komplexes ist die finanzielle Lage der Windkraft-Industrie kritisch geworden. Davon zeugt die Tatsache, dass die Auktion eines neuen Windparks in der Nordsee in diesem August erstmals ohne Angebot ausging.

Auch der Ingenieur Fabien Bouglé, der den Widerstand gegen Windkraftanlagen in Frankreich anführt, sieht das Ende des Windkraft-Booms nahen. Neben der Ernennung Trumps zum US-Präsidenten sieht er vor allem die Preisinflation für seltene Erden, die für den Bau von Windrädern unabdingbar sind, als Vorboten des Platzens der Windkraft-Blase. Er bezweifelt aber, dass die politische Klasse schon begriffen hat, was sich da anbahnt. Dass diese Zweifel berechtigt sind, zeigt die Ernennung von Monique Barbut, der ehemaligen UN-Funktionärin und Vorsitzenden des WWF France, zur neuen Ministerin für die „ökologische Wende“. Sie löst Angnès Pannier-Runacher ab, die zwar auch als Öko-Fundi gilt, aber immerhin gegenüber der Kernkraft relativ freundlich gestimmt blieb. Monique Barbut zeigte sich hingegen in etlichen Äußerungen als eingefleischte Kernkraft-Gegnerin, obwohl sie jetzt behauptet, auch gut mit Kernkraftwerken leben zu können.

Ich gehe nicht davon aus, dass die Regierung Lecornu lange hält. Die französischen Politiker werden die Orientierung an der ursprünglich in den USA aufgekommenen, aber in Deutschland zum Dogma erhobenen Idee einer grünen Wende von Wirtschaft und Gesellschaft aufgeben und sich wieder auf ihre nationalen Stärken besinnen müssen. Dazu gehört eben die zivile Nutzung der Kernenergie (nicht unbedingt in Form von Großkraftwerken). Gleichzeitig werden sie sich verabschieden müssen von der von Emmanuel Macron gepflegten Kriegsrhetorik. Das geeinigte und militärisch zur Weltmacht aufgerüstete Westeuropa, das Macron und seinen immer weniger werden Anhängern vorschwebt, wird es vermutlich nie geben.

---

## **Horst Lüdecke schreibt einen kritischen Leserbrief an den Reutlinger Generalanzeiger**

geschrieben von AR Göhring | 29. Oktober 2025

**Bei Reutlingen ist der Bau von neun Windrädern geplant. Die Anwohner fürchten sich vor den Auswirkungen der riesigen Anlagen. Eine ist jetzt schon klar: Der Wert der nahen Wohn-Immobilien ist praktisch bei Null, da niemand, auch kein Grünenwähler, ein Haus neben Windrädern kaufen würde. Unser Pressesprecher Horst Lüdecke interveniert.**

Ein kritischer Anwohner schrieb daher einen Leserbrief an den örtlichen Reutlinger Generalanzeiger, der publiziert wurde. So weit, so gut. Aber das Blatt druckte daraufhin gleich zwei Gegen-Leserbriefe, einer davon stammt von einem Lobbyisten, Dr. Martin Schöfthaler, Vorstandsmitglied ErneuerbareEnergien Neckar-Alb eG. Das findet man durch Gugeln heraus – die Zeitung erwähnte es nicht.

Was schrieben die Kontrahenten? **Anwohner Baltzer schrieb am 13.9.25:**

### **Tiefe Gründung beunruhigt mich besonders**

Im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit bin ich von verschiedenen Anwohnern sowohl der Teilgemeinden (...), wie auch von weiteren Einwohnern der Stadt Reutlingen auf die geplante Errichtung des Windrades mit einer Höhe von 262 Metern auf dem Käpfle (alteburg) angesprochen worden.

Als Diplom-Sachverständiger für die Bewertung von bebauten und

unbebauten Grundstücken bin ich fest davon überzeugt, daß sich der Verkehrswert der dortigen Immobilien erheblich verringern wird., wenn deren Verkauf nicht gänzlich unmöglich gemacht wird. Bekanntlich gilt als oberster Grundsatz bei der Betrachtung einer Immobilie der Lage-Grundsatz.

Besonders beunruhigt mich die tiefe Gründung des Windrades, die den Einsatz einiger Tausend Tonnen Beton im Wald erfordert. Fachleute sprechen von einer Menge eines großen Schwimmbades (ca. 4.500 Tonnen Beton). Bei der angedachten Lebensdauer der Windräder von 20 Jahren frage ich mich, wer diese gewaltigen Mengen an Beton danach wieder aus dem Waldboden entfernt oder ob man diese sprichwörtlich unter den Teppich sprich unter den Waldboden kehrt?

Hinterlegt der BNetreiber eine Bankgarantie in ausreichender Höhe für die Entsorgung? Hinzu kommt die sehr, sehr problematische Entsorgung der Propeller, siehe ZDF Frontal. Ich empfehle ausdrücklich, in der Mediathek diesen Frontal-Beitrag zu schauen. (ganzer Text unten\*)

**Schöfthaler entgegnete (Auszug) am 20.9.25:**

## **Zukunftsfähiges, sauberes Energiesystem aufbauen**

Rückbau: Die Verpflichtung zu Rückbaurücklagen ist gesetzlich geregelt (BauGB, BImSchG), und Sicherheitsleistungen werden von finanzierenden Banken vorausgesetzt. Das schließt auch das Fundament ein, das später meist zerkleinert im Straßenbau landet. Jedes Magolsheimer Windrad hat ein Betonfundament von 1.000 Kubikmetern, welches grob kalkuliert für etwa einen Kilometer Straße ausreicht. (...)

Windstromanteil: Der Stromreport der Fraunhofer-Gesellschaft weist für Windstrom in Deutschland im Jahr 2024 an der Stromversorgung einen Anteil von 33 Prozent (136,4 TWh) aus. Herr Baltzer bezeichnet diesen in seinem Leserbrief wenig überzeugend als ‚verschwindend gering‘.

Grundlastfähigkeit: Wind- oder Solarenergie müssen alleine nicht grundlastfähig sein, das werden sie aber über die mittlerweile im großen Stil projektierten und bald realisierten Speichersysteme.

Angeblicher Import teurer Energie: Der europäische Strommarkt ermöglicht es, Strom börsenstrompreissenkend aus Ländern zu importieren, die durch hohe Wind- oder Sonnenenergieerzeugung sehr günstige Preise erzielen. Importe helfen, kurzfristige heimische Schwankungen auszugleichen. (...)

Anmerkung der EIKE-Redaktion zur sachlichen Richtigkeit des Leserbriefs von Schöfthaler: Die angebliche Rückbauverpflichtung hängt vom jeweiligen Bundesland und zudem noch lokalen Vor- oder Nichtvorschriften ab. Im Klartext: von ordentlich gewährleisteten Rückbau (insbesondere der Fundamente) kann keine Rede sein (hier).

Der unveröffentlichte Leserbrief von Prof. Dr. Lüdecke im Wortlaut:

### **Eine Versachlichung der Windradproblematik ist überfällig**

Die wichtigsten Grundinformationen zu Strom aus Windrädern: Im Jahr 2024 machte elektrischer Strom knapp 15 Prozent der gesamten deutschen Primärenergie (100 Prozent) aus. Windräder erzeugten 31 Prozent des **Stroms**. 31 mit 15/100 multipliziert ergeben somit knapp **4,7 Prozent Anteil** von Windradenergie an der deutschen **Primärenergie**. Das ist unbedeutend. Wie realistisch dann das politische Ziel ist, fast die gesamte Primärenergie mit „Erneuerbaren“ zu erzeugen (Sektorenkoppelung), braucht wohl nicht mehr erläutert zu werden. Die deutsche Primärenergie kam im Jahr 2024 übrigens zu 80 Prozent aus Kohle, Erdgas und Mineralöl – Quellen AGEB, schneller mit ChatGPT.

Windradstrom basiert auf dem Prinzip der mittelalterlichen Windmühle und gehört wie Strom aus Biomasse und Photovoltaik zu den Stromerzeugungsmethoden mit den geringsten Leistungsdichten. Dies wird in einer wissenschaftlichen Studie des renommierten Wissenschaftsverlags Elsevier belegt, die über Google Scholar frei herunterladbar ist. Fig. 3, Seite 219 der Studie zeigt dies in einem größeren Vergleich, wobei die gelben Balken auch den erforderlichen Ausgleich für unstetige Stromerzeugung berücksichtigen. Strom aus Wind, Sonne oder Energiemais erreicht nicht einmal die ökonomische Schwelle von OECD-Ländern! Kein Wunder, daß die Strompreise in Deutschland stetig ansteigen und auch mit Subventionen aus Steuergeld kaum abzumildern sind.

Neben zu geringer Leistungsdichte ist der zweite Pferdefuß von Windrädern ihre Wetterabhängigkeit – ohne Wind kein Strom. Stromspeicher der erforderlichen Größe für überflüssigen Windstrom gibt es nicht. Die zunehmende Zahl installierter Windräder und Photovoltaik wird durch den erzeugten Flatterstrom zum Hochrisiko der deutschen Versorgungssicherheit (s. Blackout jüngst in Spanien). Bei Unterschreiten einer kritischen Grenze von vorhandenen Kohle-, Erdgas-, Mineralöl- oder Uran-Grundlastkraftwerken wird ein Wechselstromnetz prinzipiell unbeherrschbar. Diese Grenze wurde in einer Studie der vier großen Netzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW zu unverzichtbaren 30 Prozent Gesamtleistung des deutschen Stroms ermittelt. Sie ist bald erreicht. Die Studie ist frei herunterladbar, am bequemsten nach eingeben des Titels „**Auswirkungen reduzierter Schwungmasse auf einen stabilen Netzbetrieb**“ in den Browser. Anschaulich der Grund: Die riesigen, mit 3000 U/min rotierenden Turbinenwellen von oft mehr als 100 t Gewicht, die es nur in Grundlastkraftwerken gibt, bügeln die regelmäßig vorkommenden und ohne Grundlastkraftwerke

unbeherrschbaren Sekundenausfälle wie zum Beispiel durch Blitzeinschläge automatisch weg.

Wenn Windradstrom, wie in vielen Leserbriefen so betont, preiswert sei, der Schutz von Flugtieren und Insekten gegeben sei und die zahlreichen medizinischen Fachstudien über Gesundheitsschäden durch Infraschall nur Übertreibungen darstellten, warum dann nicht freien Markt für Windräder? Gesetzlich einzuhalten wären nur: Landschaftsschutz, kompletter Schutz von Vögeln und Insekten gegen Zerschreddern, Schutz von Windrad-Anrainern gegen Infraschall, systemgerechte Windstromeinspeisung (d.h. nur dann wird vergütet, wenn der Strom wirklich gebraucht wird) und kompletter späterer Abbau inklusive der riesigen Stahlbetonfundamente. Unter diesen Bedingungen wäre der Windradspuk sofort Vergangenheit.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke (Physiker)  
htw des Saarlandes, i.R.

\* Baltzer Thomas - Leserbrief vom 13.09.25

---

## Uno-Steuern, nein danke\*

geschrieben von K.e.puls | 29. Oktober 2025

=====



Beat Gygi (Red. WELTWOCHE Zürich)

***Wie die US-Regierung in der Schifffahrt einen globalen  
CO2-Fiskus verhinderte.***

=====

Die Uno hat soeben den Versuch unternommen, sich erstmals als globale Steuerinstanz in Stellung zu bringen, und ist damit vorerst gescheitert. Ende voriger Woche fand in London eine Versammlung der Uno-Untereinheit Internationale Seeschifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation, IMO) statt, die eine CO2-Abgabe in der kommerziellen Schifffahrt hätte beschliessen sollen.

Laut IMO hat der Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt der IMO die Diskussionen über das vorgelegte Netto-null-Regelwerk dann aber um ein Jahr vertagt. Die Sitzung werde in zwölf Monaten wieder aufgenommen. In der Zwischenzeit würden die Mitgliedstaaten weiter auf einen Konsens zur Netto-null-Rahmenregelung der IMO hinarbeiten.

Die Zweidrittelmehrheit zur Ratifizierung des Regelwerks kam nicht zustande, und die Vertagung erfolgte, nachdem sich die US-Regierung, prominent Präsident Trump, gegen die Einführung der CO2-Besteuerung in dieser Branche zur Wehr gesetzt hatte – unter anderem mit Verweis auf mögliche Sanktionen gegen Besteuerungsmitmacher.

Außenminister Marco Rubio legte in einem Leserbrief im Wall Street Journal dar, wie die US-Regierung unter den IMO-Mitgliedstaaten eine Koalition gegen dieses Projekt mobilisiert habe, das als regressive Steuer die Entwicklungsländer belasten und das Wachstum hemmen würde. Die US-Bemühungen hätten bewiesen, dass «echte Diplomatie», die auf nationalen Interessen beruhe, «unverantwortliche bürokratische Pläne vereiteln» könne.

Die Schifffahrt verursacht rund 3 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen, und im Visier waren Steuern von 100 bis 380 Dollar pro Tonne CO2. Diese hätten in einen von der Uno verwalteten Fonds fließen sollen, vielleicht 10 bis 12 Milliarden Dollar pro Jahr. Daraus hätten Uno-Experten dann Subventionen für genehme Projekt verteilt – mit zentralisierter Umverteilungsmacht und vielfältigsten Missbrauchsmöglichkeiten.

Die Ablehnung des Uno-Zugriffs ist ein aufsehenerregender Schlag. Nachdem für das supranationale Gebilde EU die Einführung einer zentralisierten, demokratisch unfundierten Steuererhebung auf EU-Ebene zur Debatte steht, wollte die Uno nun auch zum internationalen Steuereintreiber mit eigener Kasse werden.

Vor allem aus den USA kam die Kritik, das käme einer «*taxation without representation*» gleich, einer Besteuerung ohne politische Vertretung. Schon heute regiert die Uno über ihre Konventionen, Entwicklungsziele und anderen Regelwerke tief in die einzelnen Länder hinein.

Jetzt wurde aber immerhin verhindert, dass der Moloch Uno  
auch zu einem Fiskus mit Zugriffsrecht aufs Geld der  
Leute wird.

Ist gerade noch mal gut gegangen!

=====



)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, 23.10.2025, S.60 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/> ; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

=====

---

# Die Bedrohung durch China ruft nach einer Ideologie-freien Energiepolitik

geschrieben von Chris Frey | 29. Oktober 2025

**Vijay Jayaraj**

Unabhängig davon, ob Chinas Drohung, den Export von Seltenerdmetallen zu beschränken, tatsächlich umgesetzt oder durch Handelsverhandlungen beigelegt wird, unterstreicht diese Episode die Anfälligkeit der US-amerikanischen Lieferketten und die Bedeutung der Erschließung heimischer Ressourcen.

Nirgendwo wird dies deutlicher als im Energiesektor, wo die Klimapolitik Dutzende von Ländern stärker denn je von Importen abhängig gemacht hat. Die Einhaltung der Klimadogmatik hat Länder wiederholt vermeidbaren Risiken ausgesetzt, wobei jedes einzelne Beispiel die Kosten verdeutlicht, die entstehen, wenn man die realen Nutzen der Pseudowissenschaft theoretischer Modelle und der Ausbeutung von Sonderinteressen unterordnet.

Die Umgestaltung der globalen Öl- und Kohleströme nach 2022 hat die Unsinnigkeit der Anti-Fossil-Fuel-Agenda offenbart. Europäische Nationen, angeführt von Deutschland und Großbritannien, haben mit der aggressiven Abschaffung fossiler Brennstoffe begonnen, Kohlekraftwerke stillgelegt und die heimische Erdgasproduktion zugunsten von Wind- und Solarenergie reduziert. Die heimische Produktion von Kohlenwasserstoffen brach ein, und die Abhängigkeit von importierter Energie stieg sprunghaft, insbesondere für Deutsche und Briten.

Als Europa sich von russischer Kohle [abwandte](#), beeilte es sich, diesen Brennstoff aus den USA, Katar und Afrika zu kaufen, oft zu viel höheren Preisen. Die Kohle, die Deutschland einst aus Russland importierte,

wurde durch Brennstoff aus weiter entfernten Ländern ersetzt, was die vermeintlichen „CO2-Einsparungen“ seiner Klimapolitik untergrub. Als die russische Gaspipeline zum **Kriegsopfer** wurde, war Europa auf LNG-Lieferungen (Flüssigerdgas) aus den USA zum doppelten Preis angewiesen.

Bürokratische Hindernisse für die Wiederinbetriebnahme von Kohle- und Gaskraftwerken verstärkten die Engpässe noch weiter und trieben die Kosten für die Produktion und die Beheizung von Haushalten in die Höhe. Energieintensive Branchen – Stahl, Aluminium, Düngemittel – stellten entweder den Betrieb ein oder verlagerten ihre Produktion in Länder mit zuverlässigerer und erschwinglicherer Stromversorgung, darunter die USA und Indien.

In den Vereinigten Staaten führten klimabezogene Maßnahmen der US-Bundesregierung zu neuen Engpässen. Mit dem Inflation Reduction Act der Biden-Regierung wurden Milliarden in „erneuerbare Energien“ investiert und Beschränkungen für Offshore-Bohrungen und den Bau von Pipelines eingeführt. Die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten wurde durch die ideologische Ausgrenzung billiger, reichlich vorhandener Brennstoffe untergraben.

Warum tauscht eine Nation bereitwillig widerstandsfähige heimische Energie gegen unzuverlässige Quellen ein, die den täglichen Bedarf ihrer Bürger nicht decken können und in Krisenzeiten katastrophal versagen? **Wie können Politiker rechtfertigen, ganze Industriezweige mit überhöhten Energiekosten zu belasten, um „Netto-Null“-Politiken zu befriedigen, die auf Wunschdenken und leerer Rhetorik basieren?** Für einige liegt die Antwort in ideologischer Reinheit und verworrenem Denken, für andere in zynischem Streben nach Macht und Geld.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Jedes zur Erreichung der Klimaziele stillgelegte Megawatt heimischer Energieproduktion ist eine zukünftige Schwachstelle, die sich nicht in Weißbüchern niederschlägt, sondern in konkreten Härten für die Menschen.

Länder mit strengen „grünen“ Energievorgaben schnitten während der Störungen am schlechtesten ab; Länder mit diversifizierten, fossilen Stromnetzen erholten sich schneller.

Länder, die weiterhin in fossile Brennstoffe investierten – wie Indien und Indonesien – schnitten weitaus besser ab. Während Europa unter den hohen Stromkosten litt, beschleunigte Indien die Kohleproduktion, erweiterte die Raffineriekapazitäten und unterzeichnete langfristige LNG-Verträge. Indonesien nutzte seine Kohle- und Ölressourcen, um die heimische Stromversorgung zu stabilisieren und die Verbraucher vor globalen Schwankungen zu schützen.

Dies sind Beispiele dafür, dass Pragmatismus in der Energiepolitik und nicht Ideologie die nationalen Interessen schützt. Das Scheitern des „Netto-Null“-Experiments liegt in seiner Loslösung von der physischen

Realität begründet. Fossile Brennstoffe bleiben die Grundlage der modernen Zivilisation – sie versorgen Transport, Landwirtschaft, Verteidigung, Fertigung, digitale Technologie und vieles mehr mit Energie.

Die Regierungen müssen das Labyrinth von Vorschriften aufheben, das die heimische Öl- und Gasförderung sowie den Kohlebergbau behindert. Sie müssen die Genehmigung von Pipelines, Raffinerien und LNG-Exportterminals beschleunigen. Sie müssen die kolossalen Subventionen beenden, die unzuverlässige Technologien stützen, und es den Energiequellen ermöglichen, hinsichtlich Kosten und Zuverlässigkeit miteinander zu konkurrieren.

Investitionen sollten in die Entwicklung fortschrittlicher Technologien für fossile Brennstoffe fließen, wie beispielsweise hocheffiziente, emissionsarme Kohlekraftwerke, die saubere Energie liefern können, ohne die Zuverlässigkeit zu beeinträchtigen. Gleichzeitig muss die irrationale Regulierung der Kernenergie durch eine klare Sicht auf die enormen Vorteile und überschaubaren Risiken dieser Technologie ersetzt werden.

Letztendlich ist Energieunabhängigkeit nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern die Grundlage der nationalen Souveränität. Eine Nation, die ihre Haushalte nicht mit Strom versorgen, ihre Industrie nicht mit Brennstoffen versorgen und ihr Militär nicht bewegen kann, ist nicht unabhängig. Es ist eine Nation, die anderen ausgeliefert ist. In einer Zeit eskalierender Großmachtkonkurrenz ist die Auslagerung der Energiesicherheit ein Akt der einseitigen Abrüstung.

*This commentary was first published by [The Daily Signal](#) on October 22, 2025.*

*[Vijay Jayaraj](#) is a Science and Research Associate at the [CO<sub>2</sub> Coalition](#), Fairfax, Virginia. He holds an M.S. in environmental sciences from the University of East Anglia and a postgraduate degree in energy management from Robert Gordon University, both in the U.K., and a bachelor's in engineering from Anna University, India.*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/10/23/china-threat-calls-for-ideologically-free-energy-policy/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE